

Urteile in Seoul

Von Rainer Werning

Kaum waren die Tränengasschwaden verfliegen, mit denen ein martialisches Großaufgebot an *Riot Police* Mitte August in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul demonstrierende Studenten auf mehreren Universitätsgeländen einnebelte, sorgten aufsehenerregende Nachrichten aus der 10 Millionen Einwohner zählenden Metropole neuerlich für Schlagzeilen: Am 26. August verurteilte das Bezirksgericht in Seoul den Expräsidenten Chun Doo-Hwan (1980-1988) zum Tode und seinen Nachfolger Roh Tae-Woo (1988-1993), einige hochrangige Generäle sowie Topmanager der mächtigen *Chaebol* (Wirtschafts- und Finanzkonglomerate) zu hohen Haftstrafen und Geldbußen. Allen Verurteilten wurden Kapitalverbrechen zur Last gelegt - Militärputsch, Rebellion, Hochverrat und Korruption. "Wer auf der Matte schläft", lautet ein koreanisches Sprichwort, "der fällt nicht tief." Pech für jene, die sich auf Kosten des Volkes in Prunkbetten suhlten: nunmehr stürzen sie um so tiefer.

Unabhängig davon, ob die Urteile letztlich vollstreckt werden oder doch durch Berufungsverfahren oder qua Präsidialamnestie abgeschwächt werden, sind sie ein Politikum ersten Ranges. Als Ausdruck wiedergewonnener Zivilität rücken diese Urteile nämlich die kritische Betrachtung und Bewertung der jüngsten Geschichte des "Landes der Morgenstille" ins öffentliche Bewußtsein, was während jahrzehntelanger Militärherrschaft bis zum Amtsantritt des jetzigen Präsidenten und einstigen Oppositionellen Kim Young-Sam im Februar 1993 von den Herrschenden mit Tabus belegt wurde. So markiert der (vorläufig) abgeschlossene Gerichtsprozeß gleichzeitig den Beginn eines in seinen Konsequenzen unkalkulierbaren Prozesses historischer Aufarbeitung.

Lange haben die westlichen Demokratiefreunde, voran der transpazifische *Uncle Sam*, großzügig weggeschaut, als der Staatsterrorismus in Seoul unfrohliche Urstände feierte. Südkorea galt als letztes schützenswertes Bollwerk des Antikommunismus auf dem asiatischen Festland. Seine Wirtschaft, die in den 50er Jahren völlig daniederlag und das Schlußlicht der Region bildete, entwickelte sich im Schatten der Repression zu einer Erfolgsstory nachholender Entwicklung. Gern bemühte man im In- und Ausland den positiv besetzten Slogan "Modell Südkorea", um von den sozialen Bedingungen abzulenken, unter denen sich dieses Modell entwickelte - die weltweit längsten Arbeitszeiten, extrem hohe Unfallquote am Arbeitsplatz, Verbot unabhängiger Gewerkschaften sowie Niedrigstlöhne unter teils Manchester-kapitalistischen Methoden in Klein- und Mittelbetrieben.

Ein Relikt aus alten Tages des Kalten Krieges und heißer Verfolgungen jedweder Demokratiebewegung stellt das seit 1948 existierende, wenngleich mehrfach modifizierte Nationale Sicherheitsgesetz (NSL) dar. Damit werden heute Oppositionelle - vorrangig, so auch wieder im August, die Mitglieder des radikalen Studentenverbandes "Hanchongryon" - verfolgt, denen Befürwortung und/oder Verherrlichung des nordkoreanischen Regimes unterstellt wird. Der Anachronismus des NSL ist spätestens jetzt offenkundig: Diejenigen, die damit exzessiv ihren tatsächlichen und vermeindlichen Gegnern zu Leibe rückten, entpuppten sich schließlich als die eigentlichen Kriminellen.

Mehr noch als der in der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft für verwerflich gehaltene Militärputsch Chuns und Rohs Ende 1979 ist und bleibt Kwangju (die im Nordwesten gelegene Stadt in der Cholla-Provinz) Inbegriff eines ebenso tragischen wie traumatisch nachwirkenden Schlüsselerlebnisses.

Die Brutalität des Militärs, darunter die von Roh befehligten und eigens von der Grenze zu Nordkorea nach Kwangju abkommandierten Eliteeinheiten, zerstörten zwei bis zum Mai 1980 systematisch geschürte Mythen. Eine entfesselte südkoreanische Soldateska kartäscherte damals gegen den Ausnahmezustand demonstrierende Zivilisten nieder, wenngleich die Armee ausschließlich der Bekämpfung eines äußeren Feindes (allenfalls noch Nordkoreas) dienen sollte. Menschen- und Bürgerrechtsbewegungen im Lande insistierten darauf, daß entgegen offiziellen Beschwichtigungen 2000 und nicht 200 Menschen im Blutmai von Kwangju den Tod fanden.

Die USA, lange Zeit als Schutzpatron und Gönner Seouls angesehen und noch heute mit 38.000 GIs auf der Halbinsel präsent, gerieten dabei unweigerlich selbst ins Zwielicht: Aufgrund des von ihnen dominierten Combined Forces Command (CFC), wonach der Oberkommandierende der in Südkorea stationierten US-Truppen in Personalunion Chef der UN-Verbände sowie der südkoreanischen Armee war, wäre ein derart drakonisches Eingreifen südkoreanischer Soldaten ohne Vorabkenntnis Washingtons schier undenkbar gewesen. Sollte sich schließlich bewahrheiten, worauf Kritiker der amerikanisch-südkoreanischen Militärkollaboration seit jeher verweisen, daß nämlich der damalige US-Befehlshaber General Wickham den mörderischen Einsatz in Kwangju gebilligt, wenn nicht gar den Befehl dazu erteilt hat, dürfte dies nicht nur das bilaterale Verhältnis empfindlich belasten, sondern auch für innenpolitischen Zündstoff sorgen.

Vielleicht plagt die Regierung Kim Young-Sams bereits solch böse Vorahnung. Wie sonst ist zu erklären, daß auf einmal die Mächtigen in Seoul geneigt sind, für die Kwangju-Opfer zumindest ein Mahnmal, wenn nicht gar eine nationale Gedenkstätte zu errichten? Bislang hat man die alljährlich im Mai abgehaltenen Gedenkfeiern eher mißmutig beäugt oder aufgrund befürchteter Gewalteskalation mit Polizeiknüppeln sprengen lassen. Die zerstückelten Leichname vom Mai 1980 blieben derweil weit außerhalb der Stadt verscharrt. Kim Young-Sam, selbst ein Produkt traditioneller Ränkepolitik, der seine Oppositionsrolle längst zugunsten von Macht und Pfründen preisgegeben hat und mit aktiver politischer und finanzieller Schützenhilfe von Roh Tae-Woo ins Blaue Haus, den Präsidentenpalast, gelangte, leidet mittlerweile unter argem Legitimitätsverlust.

Bei den letzten Kommunal- und Parlamentswahlen (im Sommer 1995 bzw. Frühjahr 1996) mußte er schwere Schlappen einstecken und vermochte sich nur mittels einer neuen Parteigründung aufgrund der in Seoul so aberwitzig ausgereiften Kooperationen vormaliger parlamentarischer Gegner über die Runden retten. Seine Reformpolitik gilt als halbherzig, und der bei seinem Amtsantritt noch zu Buche geschlagene Bonus als einstiger Regimekritiker ist längst aufgezehrt. Pikant ist auch, daß Kim das Militär stets mit Glacéhandschuhen anpackte. Eine Erziehungsministerin setzte er noch im Sommer 1995 kurzerhand vor die Kabinettstür. Die forsche Dame hatte sich erdreistet, die Söldnerrolle der südkoreanischen Armeekontingente während des Vietnam-Krieges und die blutige Niederschlagung des Kwangju-Aufstandes zu geißeln.

Die Gerichtsurteile von Seoul haben die Büchse der Pandora geöffnet und so nicht nur einer - lange Zeit von Staats wegen verwöhnten Geschäftswelt Kurseinbrüche an der Börse, sondern auch dem amtierenden Präsidenten möglicherweise durch die Hintertür ungeahnte Probleme beschert. Dem Zeitgeist entsprechend führt Kim gern die Modewörter "Globalisierung", "Marktwirtschaft" und "Liberalisierung" im Munde, die allesamt bis vor kurzem nicht einmal buchstabiert werden konnten. Vor allem die Umstellung auf eine Ökonomie jenseits von staatlichem Dirigismus, Korruption und eines abgeschotteten Binnenmarktes sowie

Liberalisierung im Sinne der Förderung des demokratischen Prozesses werden sich schwieriger gestalten, als dem Präsidenten lieb ist.

Last but not least dürfte der innerkoreanische Annäherungsprozeß erneut ins Stocken geraten, von ernsthaften Schritten in Richtung Wiedervereinigung ganz zu schweigen. Die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und verheerenden Dürrekatastrophen und Überschwemmungen ohnehin arg gebeutelte Demokratische Volksrepublik (Nordkorea) wird sich in ihrer harschen Kritik an den Ex-Präsidenten - in Pyongyangs Propaganda durchweg als "Söldner" und "Marionetten des US-Imperialismus" gebrandmarkt - im nachhinein bestätigt sehen. Das wiederum wird die Militanz der radikalen Studentenschaft schüren; sie sieht in den Gerichtsurteilen ebenfalls ihre langjährige Regimegegnerschaft bestätigt, die staatlichen Instanzen als nun völlig bloßgestellt und wirft Kim vor, den Wiedervereinigungsprozeß zu konzeptionslos und zu langsam anzugehen.

Dieser Artikel wurde mit freundlicher Genehmigung des Autoren aus "Blätter für deutsche und internationale Politik", Bonn, Oktober 1996, S. 1178-80, nachgedruckt.

Dr. Rainer Werning ist Geschäftsführer der in Freiburg i. Br. ansässigen "Stiftung für Kinder", die schwerpunktmäßig in den Südphilippinen mit der Betreuung (bürger)kriegstraumatisierter Kinder engagiert ist.

This document was created with Win2PDF available at <http://www.daneprairie.com>.
The unregistered version of Win2PDF is for evaluation or non-commercial use only.